



DGAP

Advancing foreign policy. Since 1955.

**JAHRESBERICHT
2019/2020**

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu den aktuellen Themen und Trends der deutschen Außenpolitik. Als unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Experten- und Mitgliederorganisation prägt sie seit 65 Jahren die außenpolitische Debatte in Deutschland und trägt zur internationalen Vermittlung deutscher Politik bei.

INHALT

- 5 Brief des Präsidenten Dr. Thomas Enders
- 6 Interview mit Direktorin Dr. Daniela Schwarzer

- 10 GEOÖKONOMIE**
- 11 Corona-Pandemie und die Folgen für die Weltwirtschaft
- 13 Drei Herausforderungen im Bereich Geoökonomie

- 14 INTERNATIONALE ORDNUNG UND DEMOKRATIE**
- 15 Wie in der Corona-Pandemie „gewählte Autokraten“ ihre Macht konsolidieren
- 17 Drei Herausforderungen im Bereich Internationale Ordnung und Demokratie

- 18 SICHERHEIT**
- 19 Welche Auswirkungen hat die Covid-19-Pandemie auf Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik?
- 21 Drei Herausforderungen im Bereich Sicherheit

- 22 TECHNOLOGIE**
- 23 Europäische Handlungsfähigkeit im digitalen Zeitalter
- 25 Drei Herausforderungen im Bereich Technologie

- 26 MIGRATION**
- 27 Drei Herausforderungen im Bereich Migration
- 28 Rückkehr – zwei Thesen auf dem Prüfstand

- 30 ANHANG**
- 30 Gremien und Strukturen der DGAP
- 32 Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 34 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Regionalforen und bei der Jungen DGAP
- 36 Mitgliederstatistik
- 38 Die Unterstützer der DGAP
- 40 Finanzbericht
- 44 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, Impressum und Bildnachweise

7

Regionalforen

12

Forschungsprogramme

72

Fachpublikationen im Jahr 2019

75

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Tendenz steigend

150

Fachkonferenzen und Mitgliederversammlungen im Jahr 2019

2.746

Mitglieder im In- und Ausland

LIEBE MITGLIEDER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

die Covid-19-Pandemie hat auch die Arbeit der DGAP vor neue und einzigartige Herausforderungen gestellt. Voller Stolz kann ich sagen, dass wir die Situation gemeinsam gut meistern und unsere Relevanz und Sichtbarkeit weiter erhöhen konnten.

Seit dem sogenannten Lockdown Mitte März sind wir in über 50 Veranstaltungen mit mehr als 4.000 Teilnehmenden digital zusammengekommen und haben spannende Debatten erlebt. Wir haben die Krise als Chance für Innovation begriffen. Wichtige Meilensteine für unseren Modernisierungsprozess haben wir 2019 und 2020 erreicht:

Wir haben uns personell und inhaltlich neu aufgestellt, einen neuen modernen Online-Auftritt geschaffen. Die Webseite ist ein umfassendes Wissensarchiv, in dem die Texte nach Themen, Regionen und Autorinnen und Autoren schnell auffindbar sind. Auch die Zeitschrift Internationale Politik hat eine inhaltliche und optische Runderneuerung vollzogen, die durchweg auf positive Resonanz stieß.

In meinem ersten Jahr als Präsident der DGAP habe ich so viele Veranstaltungen unserer Regionalforen und der Jungen DGAP wie möglich besucht. Ihr Engagement und Ihre Motivation bereichern die DGAP außerordentlich und dafür möchte ich Ihnen danken. Bitte bleiben Sie weiterhin so motiviert und ideenreich. Wir brauchen Sie!



Ein wichtiger Schritt in Richtung Modernisierung der DGAP war auch die Wahl eines neuen Vorstands und Präsidiums im vergangenen Jahr. Wir sind jetzt jünger, weiblicher und internationaler aufgestellt. Den uns seit langem verbundenen und den neuen Vorstands- und Präsidiumsmitgliedern danke ich für die engagierte Arbeit.

Mein besonderer Dank geht an unsere zahlreichen Mitglieder und Förderer, die die Arbeit der DGAP in ihrer Tiefe, Breite und Vielfalt erst möglich machen. Bitte bleiben Sie uns treu, die DGAP ist auf Ihr Engagement angewiesen. Ein herzliches Dankeschön den Mitarbeitenden der DGAP, die sich sehr schnell den neuen Herausforderungen gestellt und damit gezeigt haben, wie relevant die Arbeit der DGAP gerade in Krisenzeiten ist.

Ihr
Tom Enders

DYNAMISCH, RELEVANT UND INTERNATIONAL – DIE DGAP IST GUT AUFGESTELLT

INTERVIEW MIT
DGAP-DIREKTORIN
DR. DANIELA SCHWARZER

Frau Schwarzer, wie kommt die DGAP durch die Corona-Krise?

Sehr gut. Wir waren erstens technisch und managementseitig trotz knapper Budgets gut vorbereitet und haben rechtzeitig auf digitales Arbeiten umgestellt. Zweitens sind wir derzeit ohnehin auf Wandel eingestellt und konnten die neuen Herausforderungen gut mitverarbeiten. Zu verschiedenen Themen haben wir die Belegschaft befragt, um die Bedürfnisse in dieser komplexen Zeit besser zu verstehen und vor allem, um voneinander zu lernen. Drittens ergeben sich durch die kombinierte Gesundheits- und Wirtschaftskrise und ihre weiterreichenden Folgen spannende Fragestellungen. Diese speisen wir in gerade anlaufende Projekte und haben neue aufgesetzt. Auch die IP hat sofort reagiert: Das Mai/Juni-Heft widmet sich den Folgen der Pandemie.

Sehr schnell haben Sie auch neue virtuelle Formate entwickelt. Wie ist das Echo darauf?

Positiv, auch weil wir sehr früh Angebote machen konnten, auch für unsere Mitglieder. Kontakte mit Partnern – europa- und weltweit – sind sogar enger und regelmäßiger geworden. Mit der Unterstützung unseres Impact and Innovation Lab haben wir diverse Formate lanciert, in denen sich Entscheider und Think-Tanker mehrmals im Monat vertraulich aus-

tauschen können. Viel Dynamik kam aus dem Team der DGAP. Kolleginnen und Kollegen haben Tools getestet, Moderationstrainings angeboten, Sprechstunden eingerichtet.

Das alles passiert im Kontext einer Neuausrichtung. Seit 2019 stellt die Forschungsarbeit fünf Themenfelder in den Vordergrund. Warum?

Wir haben mit den Themen Geoökonomie, Migration, Sicherheit, Technologie sowie Internationale Ordnung und Demokratie Felder identifiziert, die für die deutsche Außen- und Europapolitik in den kommenden Jahren zentral sein werden. Energie- und Klimafragen beschäftigen uns in allen Bereichen. Heute wird bei Think-Tanks zunehmend fundierter Rat zu sehr komplexen und oft schwer abgrenzbaren Policy-Problemen nachgefragt.

Das sind die großen Herausforderungen der Welt. Wie kann die DGAP dafür einen Beitrag leisten?

Wir verbinden dreierlei: policy-relevante Forschung, einen engen Austausch mit Entscheidungsträgern und Stakeholdern, auch aus der Wirtschaft, und ein ausgefeiltes Methodenrepertoire, das unsere Arbeit sowohl im Generieren von Wissen als auch in seiner Verbreitung deutlich stärkt. Zudem arbeiten wir zunehmend mit internationalen Partnern.



DGAP-Direktorin Dr. Daniela Schwarzer mit BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter beim Future Forum Europe 2019 im Auswärtigen Amt.

Innerhalb der EU helfen uns enge Kooperationen dabei, schon frühzeitig die Realisierungschancen von Vorschlägen mitzudenken, weil wir viele Perspektiven in unserer Arbeit berücksichtigen können.

Können Sie ein Beispiel für die Verzahnung und die gegenseitigen Wechselbeziehungen der Themen aus der Arbeit der DGAP nennen?

Wir blicken bei fast allen Themen nicht nur auf die deutsche Außenpolitik, sondern immer auch auf Europa. Die europäische Handlungsfähigkeit und Deutschlands Beitrag dazu sind angesichts der internationalen Lage unser Leitthema. Die Verzahnungen zwischen den Themenschwerpunkten sind vielfältig. So sind die Schnittstellen zwischen Sicherheit und Technologie groß. Geoökonomische Ansätze beziehen per Definition etwa sicherheits- und energiepolitische Aspekte

ein. Der Bereich Internationale Ordnung und Demokratie speist sich aus allen Themenfeldern – eine abstrakte Diskussion bringt uns nicht weiter.

Die DGAP hat bislang viel zu den Entwicklungen in Osteuropa, Russland oder auch zu den transatlantischen Beziehungen gearbeitet. Besteht nicht die Gefahr, dass diese regionalen Schwerpunkte in den großen Themenfeldern untergehen?

Die Verknüpfung von Regionalexpertise mit dem Nachdenken über Policy-Probleme der Zukunft ist genau die Stärke, die wir ausbauen. So arbeitet etwa unser Zentrum zu Russland, Mittel- und Osteuropa und Zentral-

DIE FOLGEN DER CORONAKRISE WERDEN UNS ÜBER DAS ZWEITE HALBJAHR 2020 BESCHÄFTIGEN.

WIR BEGLEITEN DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT DURCH BERATUNG UND VERANSTALTUNGEN UND KURATIEREN EINEN ENGLISCHSPRACHIGEN BLOG ZU DEN ENTWICKLUNGEN.

asien intensiv zu sicherheitspolitischen Entwicklungen, aber auch zu sozioökonomischen Fragen und dem Thema Demokratie. Spannend wird die Arbeit besonders dann, wenn die Kolleginnen und Kollegen mit unterschiedlichem Regionalfokus gemeinsam an übergreifenden Fragen arbeiten. Und: In 2020 wachsen nicht nur unsere Schwerpunktthemen, sondern beispielsweise auch unsere Europaarbeit und unser Amerikaprogramm.

Welche Veranstaltung war im vergangenen Jahr Ihr Highlight?

Ein ganz besonderer Moment war unsere Advancing Foreign Policy-Veranstaltung im November 2019. Wir haben mit zukunftsrelevanten Fragestellungen in interaktiven Formaten und unseren neuen Publikationen gezeigt, wofür die DGAP jetzt steht. Besonders stolz waren wir darüber, die neue Internationale Politik vorzustellen. Es war toll, das ganze Haus in Schwung zu sehen. Ich habe mich gefreut, dass wir so manchen kritischen Beobachter positiv überrascht haben.

Der sogenannte „Relaunch“ präsentiert ja nicht nur die inhaltliche, sondern auch die strategische Neuaufstellung. Warum ist er gerade jetzt für die DGAP so wichtig gewesen?

Unser politisches Umfeld und auch die Think-Tank-Landschaft verändern sich sehr schnell. Da wir bei wachsender Konkurrenz auch in sehr komplexen Fragestellungen als

vertrauenswürdiger und agiler „Go-To-Place“ wahrgenommen werden wollen, mussten wir uns inhaltlich stärken, unsere Kommunikation professionalisieren und strategische Kooperationen ausbauen. Dieser Kurs wird von unserem neuen Präsidenten, Tom Enders, und dem Vorstand der DGAP tatkräftig unterstützt. Deshalb kommen wir so gut voran. Wir werden uns selbst und die Relevanz und Qualität unserer Arbeit ständig weiter überprüfen. Manches werden wir beenden. Und wir werden weiter in die DGAP investieren müssen.

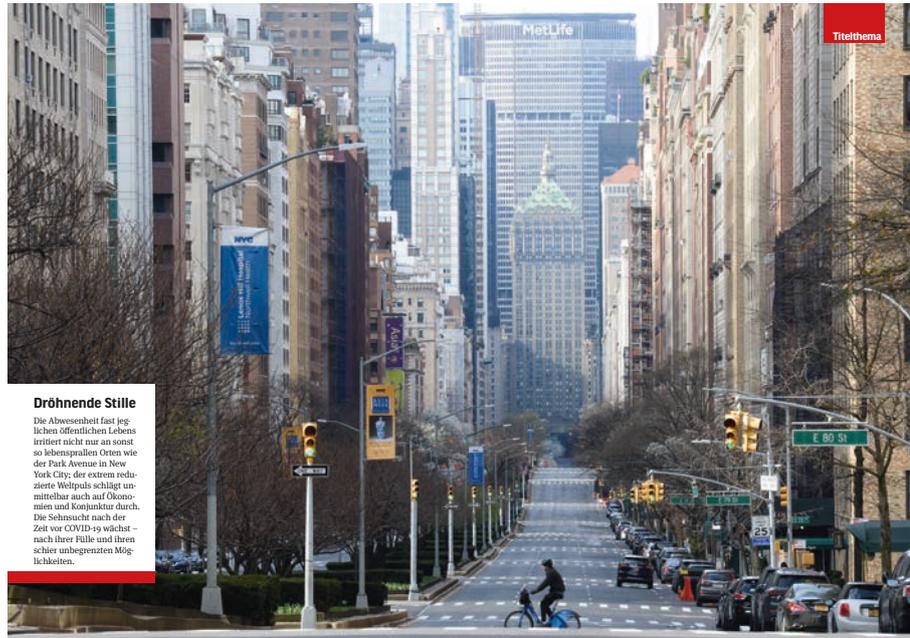
Welche Schwerpunkte setzt die DGAP in den kommenden zwölf Monaten?

Wir begleiten die deutsche EU-Ratspräsidentschaft durch Forschung, Beratung und Veranstaltungen und kuratieren einen englischsprachigen Blog zu den Entwicklungen. Die Folgen der Corona-Krise werden uns über das zweite Halbjahr 2020 beschäftigen. Viel hängt vom Ausgang der US-Wahl ab, auch wenn uns klar ist, dass das Pendel keinesfalls zu Obama-Zeiten zurückschwingt. Wir denken voraus, welche strategischen Fragen die nächste Bundesregierung beantworten muss und was Deutschland konkret tun müsste, um Ziele wie „Europa zusammenhalten“ oder „Multilateralismus stärken“ zu erreichen. Die Welt wird noch ungemütlicher. Deutschland kann und muss stärker mitgestalten.

DAS INTERVIEW FÜHRTE

Susann Kreuzmann

DER RELAUNCH DER ZEITSCHRIFT INTERNATIONALE POLITIK



MARTIN BIALECKI
Chefredakteur
Internationale Politik

Mehr Debatten, kürzere Formate, prägnantere Optiken: Mit überarbeitetem Konzept und in völlig neuem Gewand präsentiert sich die Internationale Politik seit der November/Dezember-Ausgabe 2019. Den neuen Bauplan der IP bilden vier Heftteile – Foyer, Titelthema, Weltspiegel, Positionen. Kürzere Formate wie Porträts, „Unterm Radar“ oder „In 80 Phrasen um die Welt“ betonen den Magazincharakter des Blattes. Meinungsstücke und Debattenbeiträge sind im neuen Positionen-Ressort zu Hause: Kommentare, Pro und Contra oder „Gegen den Strich“.

GEOÖKONOMIE



Der Schwerpunkt Geoökonomie untersucht, wie Handels-, Technologie-, Finanz- oder Energiepolitik als Mittel zur Erreichung strategischer Ziele eingesetzt werden. Europa muss in diesem härter werdenden Wettbewerb seine eigene Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit verbessern und die Regeln der neuen internationalen Ordnung mitdefinieren.

ARTIKEL

CORONA-PANDEMIE UND DIE FOLGEN FÜR DIE WELTWIRTSCHAFT

Die Globalisierung hat durch den Anstieg von Handels-, Finanz- und Investitionsströmen zu einer engen Vernetzung der Weltwirtschaft geführt. Dies hat für steigenden Wohlstand gesorgt, macht die Weltwirtschaft – wie in der jetzigen Corona-Krise – aber auch anfälliger für Risiken.

Diese vom Internationalen Währungsfonds (IWF) als „Great Lockdown“ bezeichnete Krise hat durch zahlreiche Faktoren Einfluss auf die Weltwirtschaft. Zunächst gibt es einen Angebotsschock, wenn Produktionsstätten geschlossen werden und der internationale Handel durch eine Unterbrechung der Wertschöpfungsketten einbricht. Dazu gibt es einen Nachfrageschock, wenn durch die Schließung von

Unternehmen und die steigende Arbeitslosigkeit die Nachfrage sinkt. Diese Faktoren führen wiederum zu einem Einbrechen der globalen Finanzmärkte.

Der Ausbruch der Epidemie traf zunächst China mit gravierenden Folgen für die chinesische Wirtschaft. Der IWF geht davon aus, dass die chinesische Wirtschaft im ersten Quartal um 8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Selbst unter der Annahme eines starken Aufschwungs im Rest des Jahres wird die Wirtschaft 2020 voraussichtlich nur um 1,2 Prozent wachsen.

Die Corona-Krise ist mittlerweile eine globale Herausforderung geworden. Zur-

zeit sind die USA am stärksten betroffen. Aber auch in Teilen Europas war der Ausbruch so schwerwiegend wie in der chinesischen Provinz Hubei (Wuhan). Aus diesem Grund haben zahlreiche Industriestaaten wie Deutschland, Frankreich und die USA sowie Schwellenländer wie China fiskalische Maßnahmen ergriffen, um die Krise abzufedern.

Die Welt steuert auf eine tiefe Rezession zu. Das große Problem ist dabei die Unsicherheit über den Verlauf der Krise. Dies erschwert auch die Vorhersagen. Der IWF geht davon aus, dass die Weltwirtschaft im Jahr 2020 um -3 Prozent schrumpfen wird. Für die Eurozone rechnet er mit einem Einbruch von 7,5 Prozent. Im Vergleich: Im Jahr 2009, dem ersten vollen Jahr der Finanzkrise, schrumpfte die Wirtschaft der Eurozone um 4,5 Prozent. Zusätzlich soll laut Welthandelsorganisation (WTO) der Handel dieses Jahr zwischen 13 und 32 Prozent sinken.

KRISENMANAGEMENT AUSWEITEN

Internationale Koordinierung ist in Zeiten der Corona-Pandemie wichtiger denn je, und das in einer Zeit, in der Staaten wie die USA zunehmend auf Alleingänge setzen. Wie sehen die weltweiten Reaktionen aus? Der IWF hat sehr schnell 50 Milliarden Dollar als Notfallfinanzierung beiseitegelegt und ein umfassendes Kreditprogramm aufgelegt. Die WTO ist zurzeit

(fast) bedeutungslos. In einer Zeit, in der es zu starken Einbrüchen im Welthandel kommt, wird die zur Überwachung des Handels eingerichtete Organisation zunehmend ins Abseits gedrängt.

Die G20 ist eigentlich bestens geeignet, um die zahlreichen Maßnahmen zu koordinieren. Sie hat jedoch nur langsam und ungenügend reagiert und somit Vertrauen verspielt. Gleichzeitig haben zahlreiche G20-Staaten – inklusive der EU – Exportbeschränkungen auf medizinische Hilfsgüter eingeführt, die im Widerspruch zum Ziel der G20 stehen, Störungen des internationalen Handels zu vermeiden.

Auch die G7, die in der Finanzkrise wichtige erste Schritte zur Beruhigung der Märkte unternommen hatte, versprach, die Folgen der Epidemie auf die Weltwirtschaft genau zu beobachten und notfalls einzugreifen. Zum jetzigen Zeitpunkt wurden jedoch keine gemeinsamen Maßnahmen beschlossen.

Das reicht nicht aus. Ziel muss es sein, durch koordinierte Aktionen, Vertrauen herzustellen! Die G7 und die G20 sollten sich daher so schnell wie möglich auf gemeinsame Maßnahmen einigen. Ein wichtiges Signal wäre das Versprechen, innerhalb der nächsten zwölf Monate keine neuen Barrieren im Handel zu errichten und Zölle für medizinische Produkte und andere lebenswichtige Güter zu senken oder aufzuheben.

DR. CLAUDIA SCHMUCKER

Leiterin, Programm Globalisierung und Weltwirtschaft

-3 %
SCHRUMPFT DIE
WELTWIRTSCHAFT
IM JAHR 2020

50 Mrd.
US-DOLLAR
NOTFALLFINANZIERUNG
DURCH DEN IWF

1

Die Corona-Pandemie wird nicht zur globalen Kooperation führen, im Gegenteil: Die Pandemie verstärkt welt-ökonomische Rivalitäten und verändert damit auch die Grundlagen des Wirtschaftens und der (Außen-)Politik in Deutschland und Europa. Die Pandemie zeigt die Anfälligkeit weltweiter Arbeitsteilung, wie bei der Medizintechnik und der Solar-Produktion, die von China zu 70 Prozent abgedeckt wird. Eine drohende Fragmentierung im Handelssystem stellt auch die Energiewende in Frage.

Drei

Herausforderungen für Deutschland im Bereich Geoökonomie – Dr. Josef Braml und Prof. Dr. Andreas Goldthau

2

Die von der Pandemie ausgelöste Weltwirtschaftskrise wird die geoökonomische Auseinandersetzung zwischen den USA und China verschärfen. Dadurch wird die europäische Wirtschaft Kollateralschäden erleiden. Die USA nutzen zudem gezielt die globale Interdependenz, um China zu schwächen. So schaffen sie ein Netzwerk an „vertrauenswürdigen“ Handelspartnern mit dem Ziel, China aus internationalen Produktionsnetzwerken z.B. bei der Digitalwirtschaft oder Energieinfrastruktur herauszulösen und wirtschaftlich zu schwächen. „Europe United“ ist die einzig wirkungsvolle Antwort auf „America First“ und Chinas Machtstreben.

3

Deutschland ist insbesondere in das Fadenkreuz geoökonomischer Strategien der Großmächte geraten. Denn es ist eine der international verflochtensten und somit am meisten verwundbaren Volkswirtschaften der Welt. Für Deutschland ist diese Entwicklung eine Bedrohung, da sein Wohlstandsmodell auf der Teilnahme an globalen Wertschöpfungsketten beruht.

Jüngste Wachstumsprognosen des Weltwirtschaftsausblicks (BIP-Wachstum; Veränderung in %)

2,9

2019

-3,0

2020

5,8

2021

Quelle: IMF, World Economic Outlook, April 2020

INTERNATIONALE ORDNUNG UND DEMOKRATIE



Im Schwerpunkt Internationale Ordnung und Demokratie analysieren wir die Krise des demokratischen Modells und seinen globalen Einfluss. Wir ermitteln, wie Deutschland und Europa regionale und internationale Ordnungsstrukturen gestalten können – etwa in den Bereichen Sicherheit, Finanzen, Technologie, Klimaschutz sowie bei den Menschenrechten.

ARTIKEL

WIE IN DER CORONA-PANDEMIE „GEWÄHLTE AUTOKRATEN“ IHRE MACHT KONSOLIDIEREN

Schon vor der Corona-Krise standen der Multilateralismus und die freiheitlich-demokratische Ordnung unter Druck. In immer mehr demokratischen Staaten nimmt die Qualität der Demokratie ab, Rechtsstaatlichkeit und politische Freiheiten werden zunehmend eingeschränkt. Das belegen verschiedene jüngst veröffentlichte Studien, wie etwa die Sustainable Governance Indicators der Bertelsmann Stiftung oder der Nations in Transit-Bericht von Freedom House.

In ihrem Bestseller „Wie Demokratien sterben“ argumentieren die US-Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, dass die größte Bedrohung für die Demokratie von innen kommt. Sie verwei-

sen dabei insbesondere auf das Vorgehen „gewählter Autokraten“, wie des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán.

Die Entwicklungen unter Covid-19 haben weltweit und auch in Europa gezeigt: Krisensituationen und die dadurch zu rechtfertigenden Notstandsgesetze sind für „gewählte Autokraten“ eine willkommene Gelegenheit, autoritäre Strukturen zu festigen und ihre in der Krise vergrößerte Macht für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.

In Ungarn verabschiedete das Parlament am 30. März 2020 ein Notstandsgesetz, das die Regierung ermächtigt, zeitlich unbefristet per Dekret zu regieren. Dies war

nur ein weiterer Schritt auf einem längeren Weg, die parlamentarische Kontrolle der Regierung auszuhebeln. In einem anderen Fall leitete Viktor Orbán bestimmte Steuereinnahmen, die bislang von den Kommunen erhoben wurden und deren Kassen zugutekamen, in einen neu geschaffenen nationalen Epidemie-Schutzfonds um.

Bis Mai 2020 hatte die Corona-Pandemie Ungarn und seine Nachbarländer vergleichsweise wenig getroffen. Harte Kritik an der Notverordnung aus der Opposition sowie aus zahlreichen EU-Staaten, darunter Deutschland, trug dazu bei, dass Orbán Ende Mai ankündigte, die Sondervollmachten zurücknehmen zu wollen.

Der Fall Ungarn zeigt, dass ein Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien mit Einschränkungen von Bürgerrechten, der Unabhängigkeit der Justiz sowie der Medien- und Meinungsfreiheit auch innerhalb der EU möglich ist. Auch wenn die Demokratie in Artikel 2 des EU-Vertrags unter den Grundsätzen der EU-Mitgliedschaft aufgeführt ist, können die supranationalen Institutionen die Regierung eines Vollmitglieds nicht zwingen, sich gegen ihren Willen an diese Grundsätze zu halten.

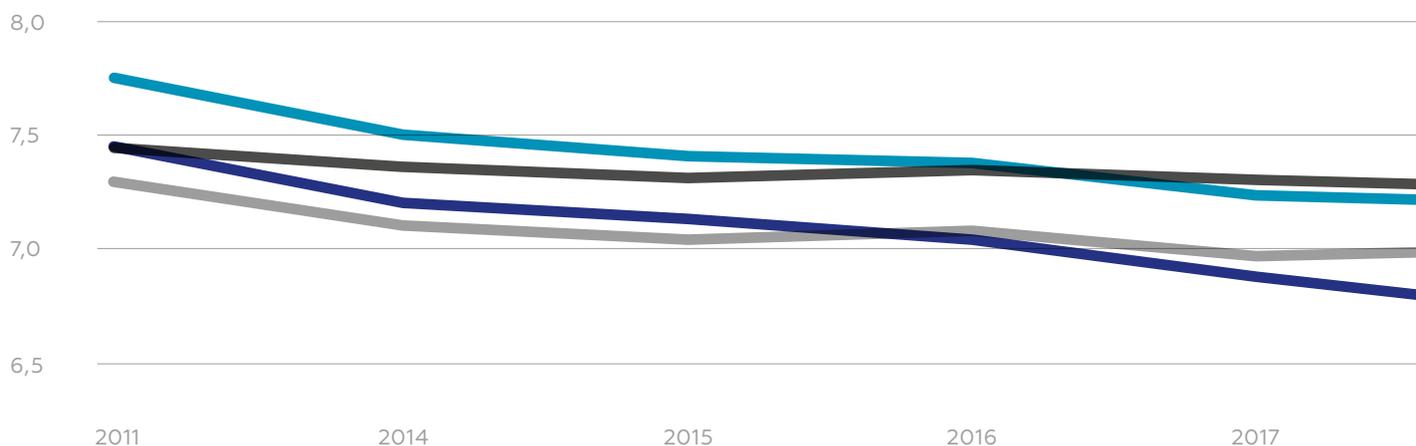
Die europäischen Institutionen können Regierungen der Mitgliedstaaten dennoch Grenzen setzen. In Polen wurde das Bestreben der Regierung, politische Kontrolle über die Justiz auszuüben, durch das Rechtsstaatlichkeitsverfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge gebremst (aber nicht gestoppt).

In der Covid-19-Situation zeigt sich allerdings auch eine andere Entwicklung: Einige autokratische Regierungen sind in Krisen besonders verwundbar. Denn ihnen fehlt die Legitimität, die demokratischen Systemen innewohnt. Ein schlechtes Krisenmanagement bei der Bekämpfung der Pandemie haben die Zustimmungswerte mehrerer Autokraten sinken lassen, darunter Russlands Präsidenten Wladimir Putin. Für Deutschland und Europa bleibt das Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Kampf gegen die Untergrabung derselben während und nach der Covid-19-Krise eine wichtige politische Aufgabe.

MILAN NIC

Leiter, Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien

Sinkende Demokratiequalität in EU- und OECD-Ländern



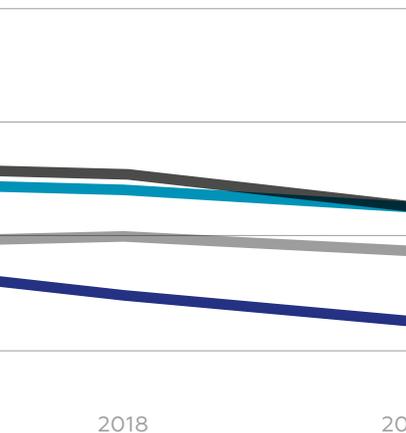
Drei

Herausforderungen für Deutschland im Bereich Internationale Ordnung und Demokratie – Dr. Henning Riecke

1

Multilaterale Organisationen müssen handlungsfähig bleiben. Entscheidungen im VN-Sicherheitsrat werden oft blockiert, Reformen in internationalen Organisationen oder neue Regulierungen kommen nicht voran. Auch die Konkurrenz zwischen von Kontrahenten unterstützten Organisationen lässt Ordnungsstrukturen zerfasern. Neue Koalitionen können neue Regulierungs- und Reformprozesse in Gang setzen, die Multilateralismus stärken und dabei die sich herausbildenden Machtstrukturen berücksichtigen.

Quelle: Bertelsmann Stiftung, Sustainable Governance Indicators sgi-network.org/2019



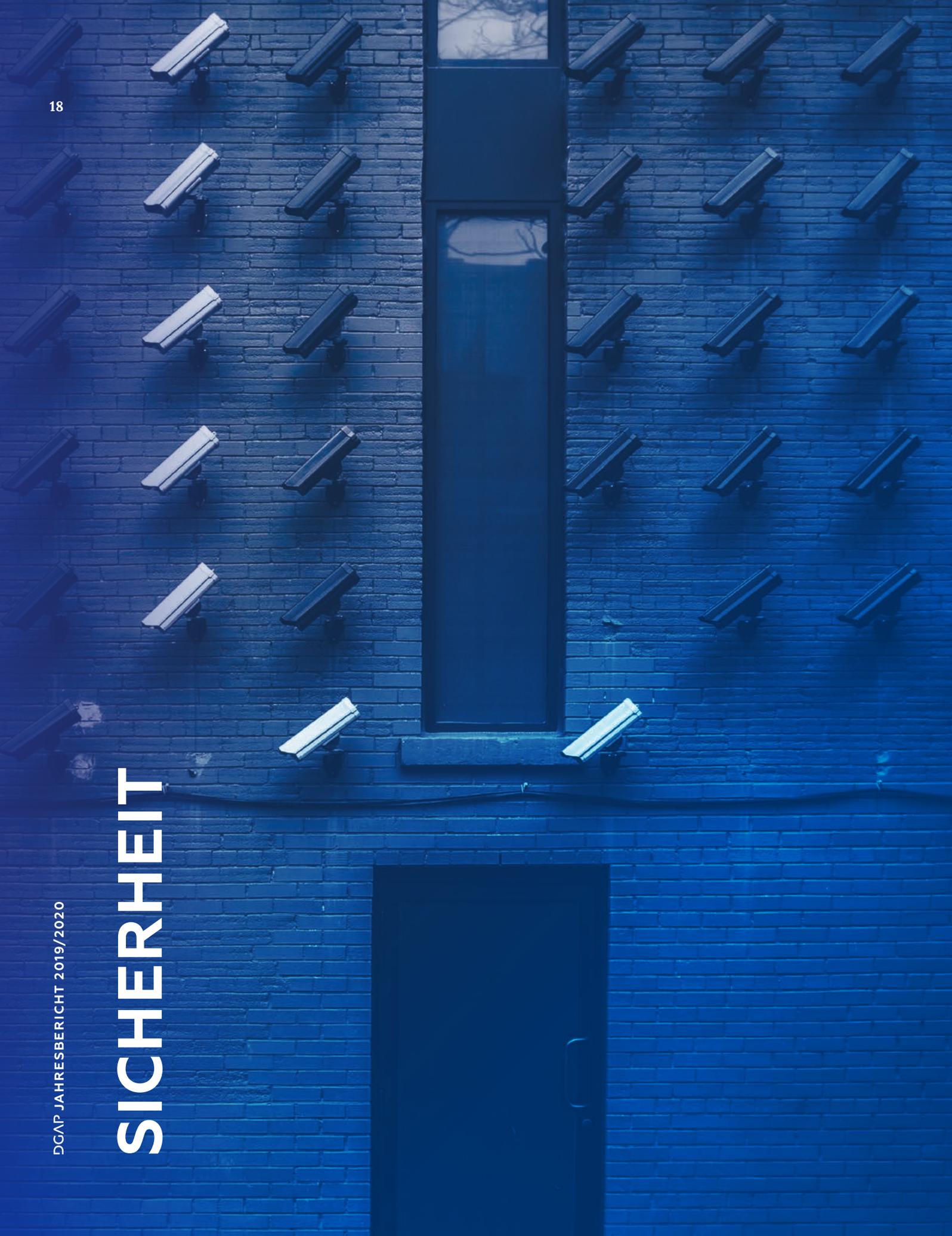
2

Ein globales Frühwarnsystem für Pandemien. Globalisierung, auch in verlangsamer Form, macht grenzüberschreitende Infektionskrankheiten zu einem globalen Risiko. Die nationale gesundheitspolitische Prärogative erschwert die Kooperation in globalen Institutionen. Die Covid-19-Krise bietet eine Chance für einen Neuanfang. Um aber ein echtes Frühwarnsystem und eine neutrale Informationsbeschaffung und -verbreitung zu ermöglichen, müssen Staaten internationalem Monitoring Zugang gewähren, Organisationen wie die WHO besser ausstatten und Forschung vernetzen.

3

Internationale Antworten auf eine wachsende Anzahl von Konflikten. Stellvertreterkonstellationen in Machtkonflikten, religiöse Ideologisierung und klimabedingte Ressourcenverknappung treiben heute Konflikte an. In den Industriestaaten ist demgegenüber die Bereitschaft zur Krisenbearbeitung gesunken. Internationale humanitäre, politische, wirtschaftliche und militärische Instrumente zur Konfliktbewältigung sind aber heute notwendiger denn je – vor allem mit regionalen Partnern.

SICHERHEIT



Gerade die Covid-19-Pandemie zeigt uns, dass wir ein umfassendes Verständnis von Sicherheit brauchen. Im Themenfeld Sicherheit beleuchtet die DGAP Herausforderungen und Chancen für die deutsche Außenpolitik aus unterschiedlichen Blickwinkeln: Verteidigung, Rüstungsfragen, Friedensmissionen, Extremismusprävention sowie Krisenprävention und -management.

DISKUSSION

WELCHE AUSWIRKUNGEN HAT DIE COVID-19-PANDEMIE AUF EUROPAS VERTEIDIGUNGSPOLITIKEN?

Die Kolleginnen und Kollegen des DGAP-Sicherheitsprogramms diskutieren über Kürzungen der Verteidigungsausgaben, europäische Verteidigungskooperation und die USA als Unsicherheitsfaktor.

SOPHIA BECKER: In den letzten Wochen hat sich bereits abgezeichnet, dass die negativen wirtschaftlichen Folgen dieser Krise unsere Erfahrungen mit der Finanzkrise 2008 weit übersteigen werden. Um das abzufedern, haben die europäischen Mitgliedstaaten milliardenschwere Hilfspakete geschnürt, die in den kommenden Monaten und Jahren Druck auf die Haus-

halte ausüben werden. Die Gefahr ist jetzt, dass wieder unkoordiniert an den Verteidigungsbudgets gekürzt wird.

TORBEN SCHÜTZ: Wie das ausgehen kann, haben wir nach der Finanzkrise 2008 gesehen. Insgesamt wurden die europäischen Verteidigungsbudgets um etwa 24 Milliarden Euro gekürzt, das entsprach ungefähr elf Prozent der Gesamtausgaben für Verteidigung.

CHRISTIAN MÖLLING: Doch auch damals hat sich abgezeichnet, dass es keinen Automatismus zwischen wirtschaftlichen

Auswirkungen der Krise und Budgetkürzungen gibt. So hat Finnland beispielsweise zehn Prozent seines BIP verloren, aber seine Verteidigungsausgaben nicht gekürzt. Man sieht also, dass Kürzungen am Ende politische Entscheidungen der einzelnen Mitgliedstaaten waren.

TORBEN SCHÜTZ: Dennoch hat Europa insgesamt circa 35 Prozent seiner militärischen Fähigkeiten verloren. Weitere Kürzungen in dieser Größenordnung wären katastrophal für die europäische Verteidigung, die sich nur langsam von den Folgen der letzten Krise erholt. Noch immer gibt es große Fähigkeitslücken.

CHRISTIAN MÖLLING: Dazu kommt, dass wir uns heute in einer ganz anderen sicherheitspolitischen Lage befinden als 2008. Damals gingen die EU und die NATO davon aus, dass sie in Zukunft hauptsächlich Krisenmanagement in anderen Teilen der Welt unternehmen würden. Aber seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 ist klar, dass von Russland erhebliche Risiken ausgehen. Abschreckung und Verteidigung rücken wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

SOPHIA BECKER: Auch die USA sind zu einem Unsicherheitsfaktor geworden. Zuhause haben sie Probleme, die

Krise unter Kontrolle zu bringen und sie lehnen bislang eine Führungsrolle in einer globalen Antwort auf die Pandemie ab. Das Vertrauen der Europäer in die Schutzmacht USA leidet. Drohen massive Einschnitte in den Verteidigungsausgaben, könnte ein Rückzug der Amerikaner aus Europa wahrscheinlicher werden. Die Europäer stehen also eventuell vor einer Doppelbelastung: finanzieller Druck bei gleichzeitiger Notwendigkeit, mehr zu investieren.

TORBEN SCHÜTZ: Nach 2008 haben viele europäische Staaten einfach angefangen, unilateral militärische Fähigkeiten zu kürzen. Das Resultat war ein zu kurz gestrickter Flickenteppich. Die Gefahr besteht auch heute, wenn sich europäische Regierungen nicht aktiv gegen diesen Kurs entscheiden. Die institutionelle Lage ist durch den Brexit nicht einfacher geworden, aber Ziel muss sein, Koordinierung und Zusammenhalt vorne anzustellen.

SOPHIA BECKER: Es mag jetzt kurzfristig verlockend erscheinen, unliebsame Verteidigungsausgaben zu kürzen und mehr in Gesundheitssysteme zu investieren. Aber eine „Masken-vs-Munition-Kalkulation“ greift zu kurz und ignoriert die volatile sicherheitspolitische Lage, in der wir uns befinden. Die europäischen Regierungen haben es in der Hand, die Lehren aus 2008 zu ziehen und gemeinsam eine stabile Verteidigung Europas umzusetzen – trotz Krise.

Änderung der militärischen Ausrüstung der EU28 1999-2018 (in %)

SCHÜTZEN-
PANZER

-36

GEPANZERTER
TRUPPEN-
TRANSPORTER

-44

KAMPF-
HUBSCHRAUBER

-66

KAMPF-
FLUGZEUGE

-49

1

Friedensmediation und Krisenprävention. Deutschland hat in den vergangenen Jahren sein Engagement in diesen Bereichen stetig ausgebaut. In einer sich wandelnden Weltordnung wird sich die Bundesregierung steigenden internationalen Erwartungen gegenübersehen, ihr politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen. Die Vermittlungen in Libyen und der Ukraine, die Unterstützung des Übergangsprozesses im Sudan und die Stabilisierung in der Sahelzone sind Zeichen dieses Trends.

3

Verteidigungskrise reloaded. In Deutschland werden wieder einmal die grundlegenden Fragen der deutschen Sicherheitspolitik diskutiert: Wie viel will Deutschland für Verteidigung ausgeben? Wie viel technischer Fortschritt in Waffensysteme ist ethisch vertretbar? Ist die Stationierung US-amerikanischer Atombomben auf deutschem Boden noch zeitgemäß? Gleichzeitig ringen in Europa sicherheitspolitische Herausforderungen und der politische Wunsch nach mehr Kooperation mit nationalen Industriepolitiken und Haushaltskürzungen.

Quelle: International Institute for Strategic Studies, The Military Balance, 2000, 2010 & 2019

Drei

Herausforderungen für Deutschland im Bereich Sicherheit – Dr. Christian Mölling, Sophia Becker, Carina Böttcher, Miriam Heß, Dr. Gerrit Kurtz, Sofia Koller, Torben Schütz

2

Prävention von gewaltbereitem Extremismus. Neben der anhaltenden Bedrohung durch islamistischen Extremismus, z.B. durch zurückgekehrte Anhänger des „Islamischen Staates“, steigt in Europa auch die Gefahr durch Rechtsextremismus. In dieser komplexen Bedrohungslage wird die Bundesregierung Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung noch stärker mit multiprofessioneller Präventionsarbeit ergänzen müssen. Die Ergebnisse bisheriger (Evaluations-)Studien und internationaler Vernetzungstreffen zeigen, wie wichtig dabei die enge Zusammenarbeit von unterschiedlichen Akteuren aus Praxis, Politik und Forschung ist – auch auf europäischer Ebene.

+54

FREGATTEN UND
ZERSTÖRER

-52

KAMPFPANZER

-78

TRANSPORT- UND
MEHRZWECK-
HUBSCHRAUBER

U-BOOTE

-28

TECHNOLOGIE



Das Wechselverhältnis zwischen Technologie und internationaler Politik bestimmt die Forschung und Beratung in diesem Schwerpunkt. Wirkung und Innovation von Technologien sind stets in soziale, wirtschaftliche und (sicherheits-)politische Kontexte eingebettet. Gleichzeitig können sie die Handlungsoptionen und Ziele internationaler Akteure verändern.

ARTIKEL

EUROPÄISCHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Bereits in ihren ersten Reden im Europäischen Parlament hat Ursula von der Leyen als neue Präsidentin der Europäischen Kommission die strategische Marschroute „Making Europe fit for the digital age“ vorgegeben. Damit hat sie der EU das Ziel gesetzt, Schlüsseltechnologien wie Quantencomputing, KI-Systeme und kritische Chiptechnologien zu beherrschen. Dies soll in eine „technologische Souveränität“ münden, damit die EU in der Lage ist, ihre Entscheidungen im digitalen Bereich auf der Basis ihrer eigenen Werte und Interessen zu treffen.

Knapp 100 Tage nach Amtseintritt veröffentlichte die Kommission die ersten Strategiedokumente mit ambitionierten

Zielen. Die Kommission möchte erreichen, dass die Investitionen in KI in den kommenden zehn Jahren auf jährlich 20 Milliarden Euro steigen. Gleichzeitig schlägt sie eine umfassende Kontrolle besonders risikobehafteter KI-Anwendungen vor. Als sogenannte Hochrisikobereiche und Risikofelder nennt das KI-Weißbuch der Kommission den Einsatz von maschinellem Lernen in Bereichen wie Polizei, Justiz, Verkehr und Medizin. Eine zur gleichen Zeit veröffent-

MEHR ALS 20 MILLIARDEN EURO AN KI-INVESTITIONEN SOLL DIE EU PRO JAHR MOBILISIEREN

EINE BEHERRSCHUNG SÄMTLICHER SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN FÜR EUROPA IST MITTELFRISTIG NICHT UMSETZBAR.

lichte „europäische Datenstrategie“ soll unter anderem mit der Schaffung von gemeinsamen Datenräumen und Investitionen in eigene Cloudinfrastrukturen die übergeordnete Strategie zur „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ unterstützen.

Die Sorge wächst derweil weiter, dass die EU im globalen Wettbewerb gegenüber den Technologiemächten USA und China den Anschluss verliert und sich Abhängigkeiten erhöhen. Doch ist eine technologische Souveränität Europas überhaupt realistisch? Auch wenn dieser Begriff noch definiert werden muss, so lässt sich zumindest sagen, dass eine Beherrschung sämtlicher Schlüsseltechnologien für Europa mittelfristig nicht umsetzbar sein wird. Mit der richtigen Dosierung von Regulierung und Investitionen können die Europäer in den Technologiefeldern KI und Datenökonomie im globalen Wettbewerb noch aufholen. Doch in den meisten Bereichen, wie beispielsweise der Halbleiterindustrie, ist

Europa hinter den Marktführern aus den USA und Asien abgeschlagen.

Daher sollte sich die EU auf ihre Handlungsfähigkeit im Tech-Bereich konzentrieren. Das umfasst neben eigenen notwendigen Investitionen und Regulierungen auch (notgedrungen) andere Maßnahmen wie das Sicherstellen des Zugangs zu bestimmten Technologien von außen. Hierfür sollte sich die EU für ein globales Innovationssystem einsetzen und die Aufteilung in eine US- oder chinesisch dominierte „Tech-Welt“ verhindern.

KAAN SAHIN

Research Fellow, Technologie und Außenpolitik

Kaan Sahin ist seit Juni 2020 in das Auswärtige Amt sekundiert, um im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft an Cyber- und KI-Themen zu arbeiten.



1

KI und Krisenmanagement bei der Covid-19-Pandemie.

Eine mögliche Anwendung von KI-unterstützten Technologien in der Corona-Krise – nicht zuletzt angesichts der Kontroversen um die Tracking-Apps – macht die Dringlichkeit einer vertrauenswürdigen europäischen Governancearchitektur für KI sowie eines innovationsfreundlichen und rechtskonformen Daten-Ökosystems deutlich.

Die EU und die Bundesregierung stehen vor der Herausforderung, Technologien für die Eindämmung der Covid-19-Krise zu nutzen, ohne jedoch den globalen Trend des „Digitalen Autoritarismus“ mit anzutreiben.

2

Gaia-X. Das von Deutschland angestoßene Großprojekt Gaia-X zum Aufbau einer Cloudinfrastruktur soll Rahmenbedingungen und Spielregeln für eine europäische Cloud festlegen, um Datenschutz und Sicherheit zu gewährleisten. Mit Unterstützung weiterer europäischer Staaten sowie Unternehmen sollte die europäische Cloudinfrastruktur kritische Abhängigkeiten von zumeist US-amerikanischen Cloudanbietern und Regelwerken wie dem CLOUD-Act verringern. Das kommende Jahr wird entscheidend sein, um nach dem Proof-of-Concept die technische Effizienz und die politische Unterstützung des Projektes zu sichern.

AUF DEM WEG ZUR EUROPÄISCHEN GOVERNANCE FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ



Die digitale Zukunft der EU muss auf hohen Qualitätsstandards, der Einhaltung bestehender Grundrechte und auf exzellenter Grundlagenforschung zu Künstlicher Intelligenz beruhen. Im September 2019 hat eine interdisziplinäre Forschungsgruppe Fragen zum gesellschaftlichen Umgang und zur Regulierung von KI in Europa erörtert. Scannen Sie

den QR-Code, um im Video-Interview mit verschiedenen Expertinnen und Experten mehr zur europäischen Handlungsfähigkeit zu erfahren. Den englischen Bericht „Towards European Anticipatory Governance for Artificial Intelligence“, herausgegeben von Dr. Georgios Kolliarakis und Dr. Isabella Hermann (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften), finden Sie hier: on.dgap.org/2Mv5v8L

Drei

Herausforderungen für Deutschland im Bereich Technologie – Kaan Sahin und Dr. Georgios Kolliarakis

3

5G. Die notwendige gesetzliche Grundlage, die eine Entscheidung der Bundesregierung für oder gegen eine Beteiligung des chinesischen Tech-Riesen Huawei an der 5G-Infrastruktur schlussendlich festlegen würde, soll erst im Herbst erfolgen. Unabhängig vom technischen Nutzen und Innovationspotential wird die Thematik vor allem aufgrund ihrer geo- und wettbewerbspolitischen Dimensionen als auch in Bezug auf Fragen der Cybersicherheit ein wichtiges Thema für die EU und die Bundesregierung bleiben.

MIGRATION



Migrationspolitische Themen erfordern konstruktive Debatten, nicht nur in der EU, sondern auch mit den Herkunfts- und Transitländern. Ziel des Schwerpunkts ist es, die geographische und thematische Expertise zu Migration, Asyl und Flucht innerhalb des Forschungsinstituts zu vernetzen und gemeinsame Lösungsvorschläge für drängende Probleme zu entwickeln.

Drei

Herausforderungen für Deutschland im Bereich Migration – Victoria Rietig und Mona Lou Günnewig

1

Grenzsicherungen. Die Corona-Krise hat zu weltweiten Grenzsicherungen geführt. Auch viele Schengen-Mitglieder haben ihre Schlagbäume heruntergelassen. Die Zeit wird zeigen, inwieweit Staaten die als temporäre Notfallmaßnahme angekündigten Grenzsicherungen tatsächlich wieder lockern – oder ob sie die Bewegung in Europa dauerhaft einschränken.

2

Steigender Migrationsdruck. Die beginnende Weltwirtschaftskrise wird Armut und Ungleichheit verstärken, in Deutschland genauso wie in vielen Herkunfts- und Transitländern. Wir müssen davon ausgehen, dass sich in den kommenden Jahren mehr Migrantinnen und Migranten auf den Weg machen werden – nicht nur, aber auch nach Deutschland.

3

Neuer Pakt für Migration. Der von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigte „Neue Pakt für Migration und Asyl“ soll frischen Wind in die seit Jahren durch Streit lahmgelegte EU-Migrationspolitik bringen. Unklar ist, ob die Mitgliedstaaten willens sind, den Geist des Paktes umzusetzen. Kritiker befürchten weiter interne Querelen und einen zunehmend singulären Fokus auf externe Instrumente der Migrationspolitik wie Grenzschutz und die Bekämpfung irregulärer Migration.

RÜCKKEHR – ZWEI THESEN AUF DEM PRÜFSTAND

Die Debatte um Rückkehr und Reintegration erhitzt die Gemüter in Deutschland und Europa.

„ZUMINDEST IN DER RÜCKKEHR-FRAGE SIND SICH DIE EU-STAATEN EINMAL EINIG“

Sagen wir mal: weitgehend einig. Im Unterschied zur Frage nach der Verteilung von in Europa ankommenden Asylsuchenden ist die Erhöhung der Rückkehrzahlen eines der wenigen Migrationsziele, über das in der Europäischen Union grundsätzlich Einigkeit besteht.

Die geplante Reform der sogenannten EU-Rückführungsrichtlinie von 2008 ist ein Weg, wie die EU dieses Ziel erreichen will. Damit sollen Rückkehrverfahren beschleunigt und die Zahlen der Migrantinnen und Migranten, die in ihre Heimatländer zurückkehren, erhöht werden. Außerdem haben Rat und Parlament im November 2019 eine neue Verordnung über die europäische Grenzschutzagentur Frontex verabschiedet, die ein erweitertes Mandat für die operative Unterstützung der Mitgliedstaaten bei Rückführungen vorsieht.

Doch auch beim Thema Rückkehr sind sich die EU-Mitgliedstaaten letztlich weniger einig, als es zunächst scheint. Länder wie Ungarn und Italien standen der Ausweitung des Mandats von Frontex lange Zeit skeptisch gegenüber, da sie in der Rückkehrfrage keine nationale Souveränität an eine EU-Agentur abgeben wollten. Was die Reform der Rückführungsrichtlinie angeht, so haben die Mitgliedstaaten noch keine abschließende Einigung zu dem aktuellen Vorschlag erzielt.

Auch wenn diese Einigung sich wahrscheinlich mittelfristig herstellen lässt – das zweite große Problem der europäischen Rückkehrpolitik bleibt ungelöst: die uneinheitliche Praxis. So gibt es beispielsweise keine gemeinsame Einschätzung, in welche Länder Migrantinnen und Migranten ohne Bleiberecht zurückreisen können und in welche Länder dies zu unsicher ist.

Auch bei der Förderung der freiwilligen Rückkehr führt die uneinheitliche Praxis zu Problemen. Unterschiedliche Länder bieten unterschiedliche Fördersummen an, was dazu führen kann, dass ausreisepflichtige Migrantinnen und Migranten von einem Land ins nächste reisen, um dort von höheren Förderbeträgen zu profitieren. Zum tatsächlichen Ausmaß dieses „assistance shopping“ genannten Phänomens gibt es keine verlässlichen Daten.

„DIE HERKUNFTSLÄNDER KOOPERIEREN NICHT AUSREICHEND BEI DER RÜCKNAHME IHRER STAATSBÜRGER“

Ja und Nein. Eine Zusammenarbeit mit europäischen Ländern beim Thema Rückkehr ist in den Herkunftsländern nichts, womit sie innenpolitisch punkten können. Erstens verlieren Familien bei einer Rückkehr den Zugriff auf die Überweisungen ihrer Verwandten im Ausland. Rücküberweisungen in Entwicklungsländer übersteigen das finanzielle Volumen der offiziellen Entwicklungshilfe im Schnitt um ein Dreifaches. Zweitens erwecken Bilder von in Handschellen am Flughafen ankommenden Rückkehrern den Eindruck, das eigene Land lasse zu,

Gründe für das Scheitern von Abschiebungen, 2019

dass seine Bürger von den Europäern erniedrigt werden. Und drittens kann die oft schwache Wirtschaft der Länder den Rückkehrern kaum Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bieten.

Viele Herkunftsländer haben daher wenig Interesse daran, ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen. Einige verweigern Abschiebungen mit Charterflügen, verzögern die Identifizierung ihrer Staatsbürger und die Ausstellung von Pass-Ersatzpapieren oder stellen Reisepapiere aus, die nur für einen sehr kurzen Zeitraum gültig sind.

Aber nur mit dem Finger auf die Herkunftsländer zu zeigen, greift zu kurz. Viele Probleme sind in Deutschland hausgemacht. Die Rückkehrpolitik ist ein föderaler Flickenteppich, in dem Hunderte von staatlichen Akteuren uneinheitlich vorgehen. So liegen manchmal fertige Pass-Ersatzpapiere in den Botschaften der Herkunftsländer, die von den deutschen Behörden nicht abgeholt werden, da sie die Abschiebungen nicht wie geplant durchführen können.

Angesichts solcher Schwächen sollte Deutschland sich bei der Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern ehrlicher machen. Auch das gehört dazu, wenn die Bundesregierung Partnerländer und ihre Interessen ernst nehmen will.

MONA LOU GÜNNEWIG

Mitarbeiterin, Programm Migration

VICTORIA RIETIG

Leiterin, Programm Migration

0,05%
WEIGERUNG ZIELSTAAT

0,09%
VERSUCHTE SELBSTVERLETZUNG/SUIZID

0,3%
MEDIZINISCHE BEDENKEN

0,4%
EINGELEGTE RECHTSMITTEL

1,4%
WEIGERUNG BUNDESPOLIZEI ÜBERNAHME

1,9%
WEIGERUNG PILOT/FLUGGESELLSCHAFT

5,5%
WIDERSTANDSHANDLUNG

36,0%
NICHT ERFOLGTE ZUFÜHRUNG

56,9%
STORNIERUNG

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/18201, Antwort der Bundesregierung: Abschiebungen und Ausreisen 2019, 19.03.2020, S.37

GREMIEN UND STRUKTUR DER DGAP

STAND 31.05.2020

VORSTAND

Dr. Thomas Enders

Präsident

N.N.

Vizepräsident

Jutta Freifrau von Falkenhausen

Syndika

Georg Graf Waldersee

Schatzmeister

Dr. Thomas Bagger

Dr. Michael Inacker

Geraldine Schroeder

Johann Voss

Marcus Wassenberg

Ex officio Mitglieder des Vorstandes:

Dr. Daniela Schwarzer

Direktorin

Dr. Thorsten Klaußen

Verwaltungsdirektor

Martin Bialecki

Chefredakteur der Zeitschrift

Internationale Politik

EHRENMITGLIEDER

Dr. Arend Oetker

Ehrenpräsident

Dr. Ursula Braun

Dr. Klaus von Dohnanyi

Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser

Hans-Ulrich Klose

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Prof. h.c. Günter Verheugen

Dr. Antje Vollmer

PRÄSIDIUM

Niels Annen

Dr. Stefanie Babst

Dr. Katharina Barley

Elmar Brok

Henri de Castries

Sawsan Chebli

Bijan Djir-Sarai

Katrin Gaertner

Prof. Timothy Garton Ash

Dr. Stephan Goetz

Prof. Dr. Armin Grunwald

Eric Gujer

Alexander Graf Lambsdorff

Jürgen Hardt

Christiane Hoffmann

Matthias Höhn

Prof. Dr. Wolfgang Ischinger

Dr. Christian Jacobs

Eckart von Klaeden

Prof. Dr. Joachim Krause

Dr. Joachim Lang

Dr. Anja Langenbucher

Prof. Dr. Kurt Lauk

Antje Leendertse

Prof. Dr. Klaus Mangold

David McAllister

Claudia Nemat

Dr. Hannah Neumann

Günther Oettinger

Christopher Freiherr

von Oppenheim

Prof. Dr. Thomas Risse

Dr. Norbert Röttgen

Herbert J. Scheidt

Dr. Nils Schmid

Dr. Frithjof Schmidt

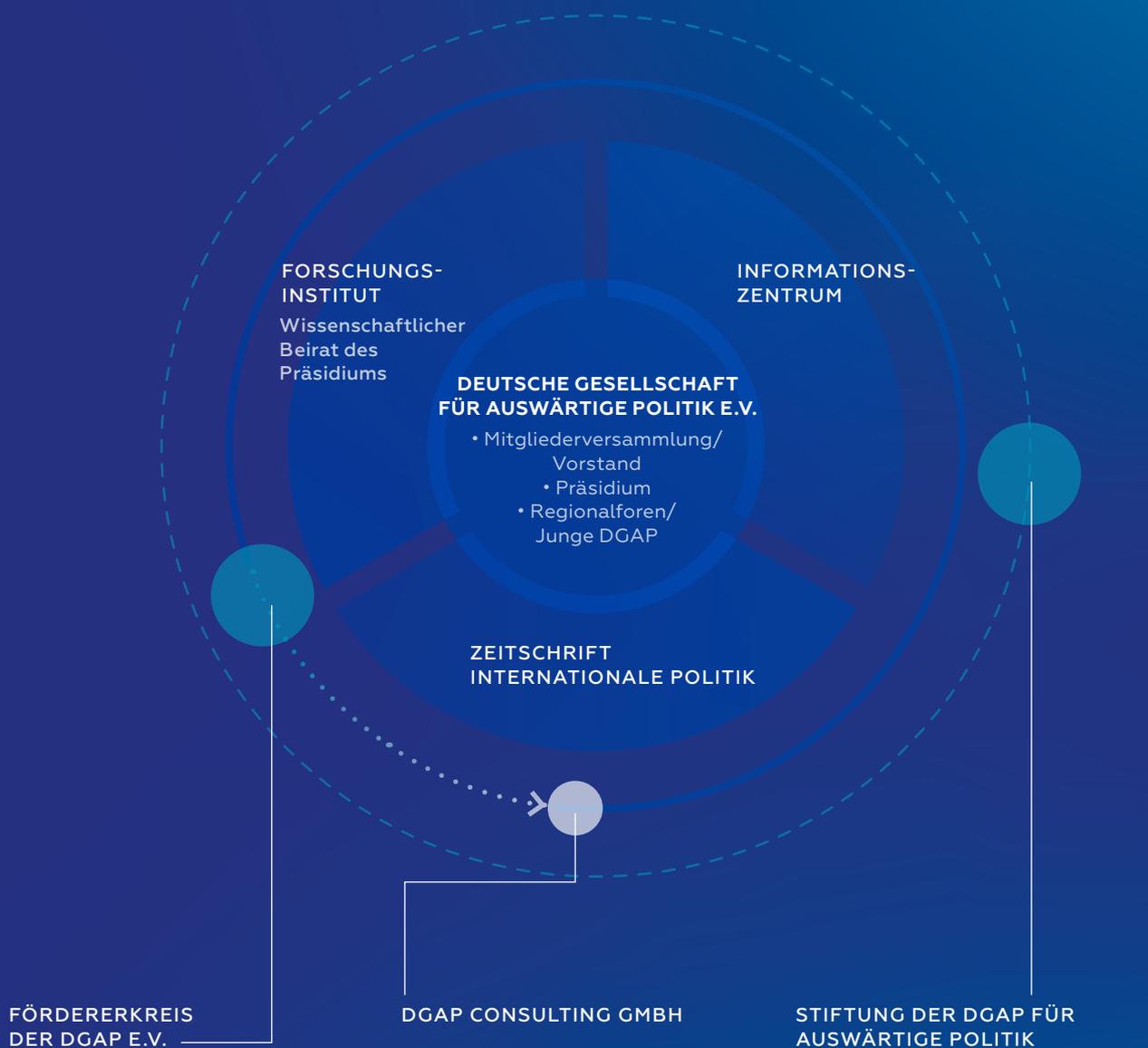
Julianne Smith

Prof. Dr. Mikkel Vedby

Rasmussen

Dr. Johann Wadephul

Prof. Dr. Natasha Wunsch



Zur effektiven Unterstützung der DGAP schlossen sich bereits 1955 zahlreiche Unternehmen, Institutionen, Stiftungen und Verbände in einem eigenen gemeinnützigen Verein zusammen, dem Fördererkreis der DGAP e.V.

Geschäftsführender Vorstand

Dr. Thomas Enders
Vorsitzender
Dr. Thorsten Klaßen
Stellvertretender Vorsitzender
Georg Graf Waldersee
Schatzmeister

Weitere Vorstandsmitglieder

Dr. Caroline King
Dr. Joachim Lang
Dr. Bernhard Rabert

Die DGAP Consulting GmbH wurde im September 2011 als Tochtergesellschaft des Fördererkreises der DGAP e.V. gegründet. Die DGAP Consulting GmbH verfolgt das Ziel, durch ihre Geschäftstätigkeit Überschüsse zu erwirtschaften, die über den Fördererkreis langfristig wieder der DGAP zur Finanzierung ihrer gemeinnützigen Arbeit zufließen

Geschäftsführer

Stefan Dauwe

Um die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. auf Dauer als unabhängigen Akteur und Impulsgeber für die außenpolitische Diskussion zu erhalten, wurde 2010 die Stiftung der DGAP für Auswärtige Politik eingerichtet.

Vorstand

Dr. Thorsten Klaßen
Dr. Daniela Schwarzer

Stiftungsrat

Dr. Arend Oetker, Präsident
Jutta Freifrau von Falkenhausen
Fritjof von Nordenskjöld
Herbert J. Scheidt

DIE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER DGAP

STAND 01.06.2020

DGAP GESELLSCHAFT

Dr. Thomas Enders

Präsident

N.N.

Vizepräsident

Dr. Daniela Schwarzer

Direktorin, Mitglied der
Geschäftsführung

Dr. Thorsten Kläßen

Verwaltungsdirektor, Mit-
glied der Geschäftsführung

Martin Bialecki

Chefredakteur Zeitschrift
Internationale Politik,
Mitglied der Geschäftsführung

STABSSTELLEN

IT-ABTEILUNG

Andreas Alvarez

Leiter Online-Redaktion/
EDV

Bahtiyar Edilbekov

KOMMUNIKATIONS- ABTEILUNG

Wiebke Ewering

Leiterin Kommunikation

Andreas Alvarez Semtner

Helga Beck

Susann Kreutzmann

Karen Lohse

Luise Rombach

Reiner Quirin*

MITGLIEDER- UND FÖRDERERBETREUUNG

Evelyn Rehm

Leiterin Mitglieder- und
Fördererbetreuung

Venetia Malim

Nazira Sultanova

VERWALTUNG UND FINANZEN

Dr. Elke Dittrich

Leiterin der Verwaltung
Erdenechimeg Amgalanbaatar

Ghiath Borhan

Marlies Brettschneider*

Elena Chan

Winne Chan

Anna Ignatenko*

Marlies Knütter

Uwe Knütter

Sarah Leidenberger*

Thuy Thuy Linh Luu

Christopher Reuß*

Anja Runge

Phan Khanh Tran

VERANSTALTUNGS- ORGANISATION

Yulia Loeva

Leiterin Veranstaltungs-
organisation

Charlotte von Fritsch

Angela Laudенbacher*

Nikolaus Reeg

WEITERE STABSSTELLEN

Panja Richter

Personalreferentin

Dr. Steffen Zorn

Stellvertretender Direktor
Strategische Partnerschaften

ZEITSCHRIFTEN

IP UND BPJ

Martin Bialecki

Chefredakteur

Dr. Henning Hoff

Uta Kuhlmann-Awad

Charlotte Merkl

Dr. Joachim Staron

INFORMATIONSZENTRUM

Dennis Eden

Leiter Informationszentrum

Claudia Böhmer

FORSCHUNGSINSTITUT

Dr. Daniela Schwarzer

Otto Wolff-Direktorin
des Forschungsinstituts

Dr. Christian Mölling

Stellvertretender Direktor
des Forschungsinstituts

Alicia von Voß

Forschungsmanagerin

BÜRO DER DIREKTORIN UND DES VERWALTUNGS- DIREKTORS

Laura Krug
Büroleiterin
Pauline Fischer
Omid Gülland
Antonia Kraft
Jonas Richter

FORSCHUNGS- PROGRAMME

Alfred von Oppenheim- Zentrum für Europäische Zukunftsfragen

Julian Rappold
Kommissarischer
Programmleiter
Anna-Lena Kirch
Dr. Jana Puglierin*
Rainer Rudolph
Sławomir Sierakowski
Shahin Vallée
Constanze Vilgis*

ASSOCIATE FELLOWS

Dr. Cornelius Adebahr
Michelle Shevin-Coetzee
Theresia Töglhofer
Prof. Dr. Natasha Wunsch

SENIOR ASSOCIATE FELLOW

Josef Janning

Amerika

Dr. Josef Braml
Programmleiter

ASSOCIATE FELLOWS

Prof. Dr. Andreas Falke
Prof. Dr. Andreas Goldthau
Prof. Dr. Detlef Nolte
Silvia Petig

China/Asien

Didi Kirsten Tatlow
Bernt Berger*

Diplomatenausbildung

Isabel Reible
Programmleiterin

Impact & Innovation Lab

Claire Luzia Leifert
Programmleiterin

Globalisierung und Weltwirtschaft

Dr. Claudia Schmucker
Programmleiterin

Frankreich/Deutsch- Französische Beziehungen

Dr. Claire Demesmay
Programmleiterin
Julie Hamann
Sara Jakob*
Hatim Shehata

ASSOCIATE FELLOWS

Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar
Katrin Sold

Migration

Victoria Rietig
Programmleiterin
Mona Lou Günnewig

Naher Osten und Nordafrika

Dina Fakoussa-Behrens
Programmleiterin
Friederike von Bargen*
Laura Lale Kabis-Kechrid
Tonja Klausmann*

ASSOCIATE FELLOWS

Kristian Brakel
Ibrahim El Houdaiby
Dr. Yasemin El-Menouar
David Jalilvand
Inna Rudolf
Joseph Sax
Sebastian Sons

SENIOR ASSOCIATE FELLOW

Kerstin Müller

Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien

Milan Nič
Leiter des Zentrums
Alena Epifanova
Silvena Garelova
Dr. Cristina Gherasimov

Claire Luzia Leifert
Dr. András Rác
Marina Solntseva

ASSOCIATE FELLOWS

Juulia Baer-Bader
Dr. Maria Davydchyk
Luba von Hauff
Wilfried Jilge
Sarah Pagung
Jacopo Maria Pepe
Dr. Dr. Martin Sieg
Dr. Iryna Solonenko

SENIOR ASSOCIATE FELLOWS

Dr. Klaus von Dohnanyi
Markus Meckel

Sicherheit und Verteidigung

Dr. Christian Mölling
Programmleiter
Sophia Becker
Carina Böttcher
Miriam Heß
Dr. Gerrit Kurtz
Sofia Koller
Florence Schimmel
Torben Schütz
Elisabeth Suh

ASSOCIATE FELLOWS

Marie-Louise Chagnaud*
Jacob Schrot
Alexander Ritzmann

SENIOR ASSOCIATE FELLOW

Heinrich Brauß

Studiengruppen

Dr. Henning Riecke
Leiter Studiengruppen

Forschungsschwerpunkt Technologie und Außen- politik

Dr. Marlon Ebert
Dr. Georgios Kolliarakis
Kaan Sahin

IHRE EHRENAMTLICHEN ANSPRECHPERSONEN IN DEN REGIONALFOREN UND DER JUNGEN DGAP

DGAP REGIONALFORUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Karoline Gil

Mitglied des Vorstandes
der Jungen DGAP, Vorsitzende
DGAP Regionalforum Baden-
Württemberg
gil@junge.dgap.org

Weihua Wang

Junge DGAP Baden-
Württemberg
wang@junge.dgap.org

DGAP REGIONALFORUM BRÜSSEL

Prof. Dr. Michael Köhler

Vorsitzender DGAP Regional-
forum Brüssel
koehler@foren.dgap.org

Jördis Maria Bunse

Stellv. Vorsitzende DGAP
Regionalforum Brüssel
bunse@foren.dgap.org

Oliver Mersmann

Stellv. Vorsitzender DGAP
Regionalforum Brüssel
mersmann@foren.dgap.org

DGAP REGIONALFORUM FRANKFURT

Christoph Kehr-von Plettenberg

Vorsitzender DGAP
Regionalforum Frankfurt und
Junge DGAP Frankfurt
kehrvonplettenberg@foren.
dgap.org

* ausgeschieden 2019/2020

DGAP REGIONALFORUM
HANSESTÄDTE

Dr. Christian Jacobs

Vorsitzender DGAP
Regionalforum Hansestädte
hh@foren.dgap.org

Anja Schaar

DGAP Regionalforum
Hansestädte
schaar@foren.dgap

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

DGAP Regionalforum
Hansestädte
schmidt-jortzig@foren.dgap.org

Christian Gerl

Junge DGAP Hamburg
gerl@junge.dgap.org

Ariane Schulz

Junge DGAP Hamburg
schulz@junge.dgap.org

Lennart Werksnis

Junge DGAP Hamburg
werksnis@junge.dgap.org

DGAP REGIONALFORUM
MÜNCHEN

Dr. Benno Schwarz

Vorsitzender DGAP
Regionalforum München
schwarz@foren.dgap.org

Carsten Berger

Junge DGAP München
berger@junge.dgap.org

DGAP REGIONALFORUM
NRW

Jonas Abs

Vorsitzender DGAP
Regionalforum NRW/Bonn
abs@foren.dgap.org

Anna Lena Borgstedt

Vorsitzende DGAP
Regionalforum NRW/Ruhrgebiet
borgstedt@dgap.org

Lenka Heimöller

Vorsitzende DGAP
Regionalforum NRW/
Düsseldorf
heimoeller@foren.dgap.org

Boris Aaron Rothe

Vorsitzender DGAP
Regionalforum NRW/Köln
rothe@foren.dgap.org

Philip Ackermann

Junge DGAP Bonn
ackermann@junge.dgap.org

Luc Kerren

Junge DGAP Bonn
kerren@junge.dgap.org

Maria Kotzias

Junge DGAP Köln
kotzias@junge.dgap.org

Jonathan Lessing

Junge DGAP Düsseldorf
lessing@junge.dgap.org

DGAP REGIONALFORUM
SACHSEN

Prof. Dr. Clauß Dietz

Vorsitzender DGAP
Regionalforum Sachsen
dietz@foren.dgap.org

Dr. Ursula Kübart

Stellv. Vorsitzende DGAP
Regionalforum Sachsen
kuebart@foren.dgap.org

Laura Müller

Junge DGAP Sachsen
mueller@junge.dgap.org

JUNGE DGAP

Venetia Malim

Geschäftsstelle Junge DGAP
malim@dgap.org

Karoline Gil

Vorstandsmitglied
gil@junge.dgap.org

Konstantin Kutscher

Vorstandsmitglied
kutscher@junge.dgap.org

Dr. Jennifer Pernau

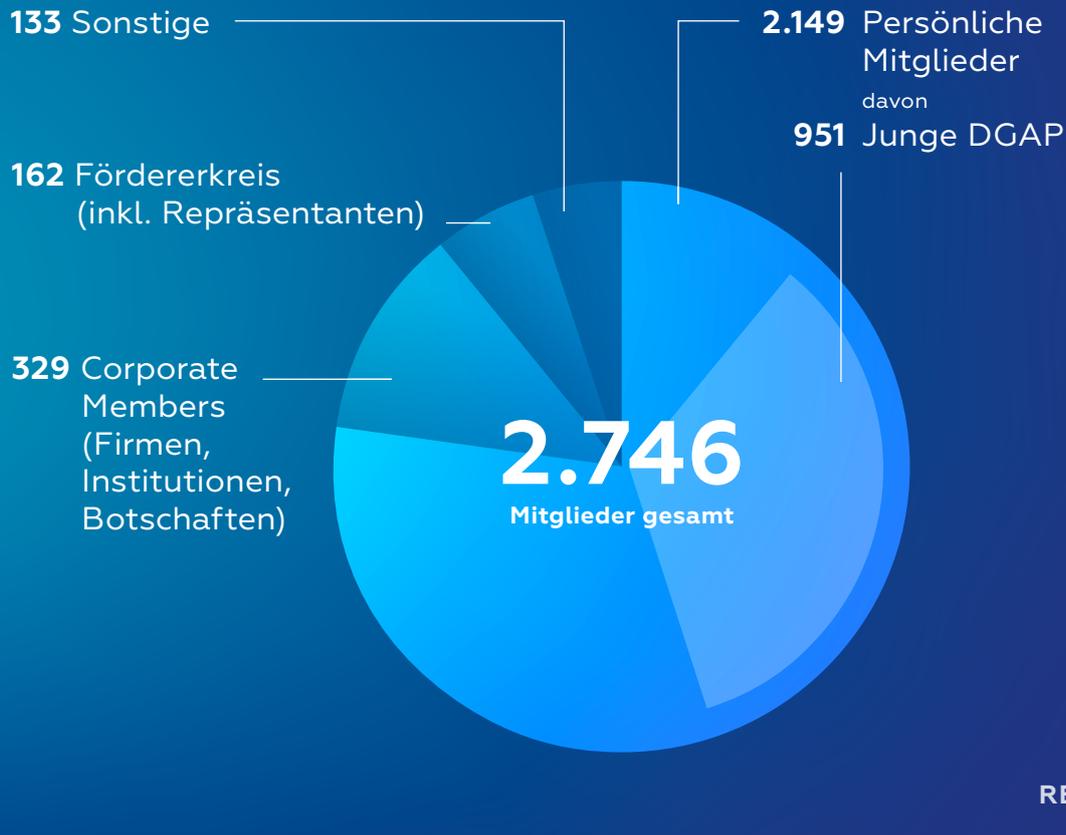
Ko-Vorsitzende Junge DGAP
pernau@junge.dgap.org

Johann Voss

Ko-Vorsitzender Junge DGAP
voss@junge.dgap.org

MITGLIEDERSTATISTIK UND REGIONALFOREN

STAND 31.12.2019



EIN- UND AUSTRITTE

Als Mitgliederorganisation mit sieben Regionalforen erreicht die DGAP Bürgerinnen und Bürger und Multiplikatoren in der Fläche. Im Jahr 2019 begrüßte die DGAP 229 Neumitglieder. Der Altersdurchschnitt der Mitglieder liegt bei 50 Jahren, das durchschnittliche Alter der Neumitglieder liegt bei aktuell 39 Jahren.

JUNGE DGAP

Zur Jungen DGAP zählen alle Mitglieder bis 35 Jahren. Sie verzeichnete im Berichtsjahr 94 Neumitglieder, darunter 66 Studierende. Die Mitglieder der Jungen DGAP sind im Durchschnitt 31 Jahre alt.

VERTEILUNG NACH REGIONALFOREN



WIR DANKEN UNSEREN UNTERSTÜTZERN UND FÖRDERERN

STAND 31.12.2019



DR. THORSTEN KLASSEN
Verwaltungsdirektor und Direktor
Strategische Partnerschaften

„Die DGAP steht für unabhängige außenpolitische Expertise und forschungsbasierte Kompetenz. Mit ihrer Arbeit geht sie über die Tagesaktualität hinaus, trägt zur qualifizierten außenpolitischen Meinungsbildung bei und hilft, Handlungsoptionen in einer immer komplexeren Welt zu entwickeln. Dass sie dies seit 65 Jahren leisten kann, verdankt sie ihren Mitgliedern und Förderern. Das Auswärtige Amt unterstützt die DGAP durch eine institutionelle Förderung. Zahlreiche Stiftungen, Botschaften, Verbände, international agierende Unternehmen und Privatpersonen helfen, unsere Arbeit zu finanzieren. Sie alle sichern damit die Unabhängigkeit und Gemeinnützigkeit der DGAP. Vielen Dank!“

100.000

EURO UND MEHR

AUSWÄRTIGES AMT
BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND
FLÜCHTLINGE (BAMF)
DEUTSCHES INSTITUT FÜR
ENTWICKLUNGSPOLITIK (DIE)
OPEN SOCIETY FOUNDATIONS
OTTO WOLFF-STIFTUNG
ROBERT BOSCH STIFTUNG GMBH
STIFTUNG MERCATOR GMBH

25.000

EURO UND MEHR

ALFRED FREIHERR VON OPPENHEIM STIFTUNG
ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTEN
EUROPÄISCHE KOMMISSION
HARALD UND GERTRUD KÜHNEN-STIFTUNG
KOREA FOUNDATION
MCI DEUTSCHLAND GMBH
MINISTRY FOR FOREIGN AFFAIRS OF FINLAND
SAL. OPPENHEIM-STIFTUNG
STIFTUNG FÜR WISSENSCHAFT UND DEMOKRATIE
ZEIT-STIFTUNG EBELIN UND GERD BUCERIUS

10.000

EURO UND MEHR

DR. TESSEN VON HEYDEBRECK
MINISTRY OF DEFENCE OF LATVIA
NORWEGIAN INSTITUTE FOR DEFENCE STUDIES
STIFTUNG FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

5.000

EURO UND MEHR

NATO

bis 5.000

EURO

CARL-REINER STETTER

DIE MITGLIEDER DES FÖRDERERKREISES:

- Airbus Defence and Space GmbH
- BASF SE
- Bayer AG
- Prof. Dr. h.c. Roland Berger
- BMW AG
- Robert Bosch GmbH
- BP Europe SE
- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
- Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA)
- Commerzbank AG
- Daimler AG
- Deutsche Bank AG
- Deutsche Lufthansa AG
- d-fine GmbH
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)
- Ernst & Young GmbH
- Eurojet Turbo GmbH
- Evonik Industries AG
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)
- goetzpartners Corporate Finance GmbH
- Peter Jungen Holding GmbH
- Peter Klöckner-Stiftung
- Philip Morris GmbH
- Knauf-Gruppe GUS
- KfW Bankengruppe
- KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- KWS SAAT SE
- Dr. phil. Nicola Leibinger-Kammüller
- Linde AG
- McKinsey & Company, Inc.
- MAN SE
- Media Consulta International Holding AG
- Metro AG
- Mitsubishi International GmbH
- Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG
- Otto GmbH & Co. KG
- Rheinmetall AG
- Rolls Royce Deutschland Ltd. & Co. KG
- Rolls-Royce Power Systems AG
- Schubert & Salzer GmbH
- Dr. Benno Schwarz
- Shell Deutschland Oil GmbH
- Siemens AG
- Siemens Healthineers AG
- Siemens Gas and Power GmbH & Co. KG
- SMS GmbH
- Deutsche Telekom AG
- thyssenKrupp Steel Europe AG
- Volkswagen AG
- Vontobel Holding AG

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder, eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes sowie durch die Unterstützung von Einzelpersonen, Unternehmen, Stiftungen und Verbänden finanziert. Diese breite Form der Unterstützung sichert der DGAP ihre Unabhängigkeit. Gleichwohl steht die DGAP Jahr für Jahr vor finanziellen Herausforderungen. Um ihre Ziele erreichen zu können, nimmt sie über Forschung und Publikationen, Veranstaltungen, die Zeitschrift Internationale Politik sowie das Informationszentrum weitere Mittel ein. Sie wirbt ferner kontinuierlich Spenden ein.

ÜBERBLICK ÜBER DEN GESCHÄFTS- VERLAUF DES JAHRES 2019 ERTRAGS-, VERMÖGENS- & FINANZLAGE T€ = ABKÜRZUNG FÜR 1.000 EURO

Auch im Jahr 2019 wurde die Basisfinanzierung der Grundstrukturen der DGAP sichergestellt.

Das Auswärtige Amt förderte die DGAP im Jahre 2019 institutionell mit T€ 1.534 (i. Vj. T€ 1.170). Für 2020 beträgt die Förderungssumme ebenfalls T€ 1.534.

Die Anzahl der zahlenden Mitglieder blieb mit 2.341 gegenüber dem Vorjahr nahezu identisch. Einhergehend mit der Anzahl der Mitglieder blieben auch die Mitgliedsbeiträge im Berichtsjahr nahezu konstant (T€ 440).

Die Gesamterträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um T€ 777 auf T€ 6.178 (i. Vj. T€ 5.401). Die Gesamtaufwendungen stiegen ebenfalls

gegenüber dem Vorjahr um T€ 743 auf T€ 6.103 (i. Vj. T€ 5.360).

Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus dem Anstieg der Bundeszuschüsse außerhalb des Projektgeschäfts um T€ 364 und dem Anstieg der Zuwendungen des Fördererkreises um T€ 349. Die sonstigen Erträge waren rückläufig, insbesondere aufgrund des Rückgangs sonstiger Spenden und sonstiger Erlöse um T€ 32 sowie der geringeren Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 5 (i. Vj. T€ 13). Die erhaltenen Projektmittel stiegen auf T€ 3.122 (i. Vj. T€ 2.830), was insbesondere auf die gestiegene Anzahl der durchgeführten Projekte zurückzuführen ist. Die Forschungsprogramme der DGAP betreuten 2019 insgesamt 56 Projekte (i. Vj. 51). Daneben wurden 6 institutionell geförderte Programme (i. Vj. 4) durchgeführt. Die aufwendigsten Programme waren das Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien mit T€ 690 (i. Vj. T€ 915), das Programm Sicherheit und Verteidigung mit T€ 513 (i. Vj. T€ 402) sowie die Arbeit der Forschungsdirektion mit T€ 449 (i. Vj. T€ 559). Die Finanzierung des Forschungsinstituts erfolgte größtenteils durch private und öffentliche Projektzuwendungen.

Für das Jahr 2019 weist die DGAP einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 5 (i. Vj. T€ 3) aus. Mit dem Ergebnisvortrag aus den Vorjahren in Höhe von T€ 28 ergibt sich insgesamt ein Ergebnisvortrag von T€ 33.

Für die kommenden Jahre 2020 und 2021 strebt die DGAP ein ausgeglichenes Ergebnis an.

GEWINN- UND VERLUST- RECHNUNG DES DGAP E. V.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		2019	2018
		31.12.2019/EUR	31.12.2018/EUR
1. Erträge aus Mitgliedsbeiträgen		440.425,03	440.407,43
2. Zuwendungen aus Mitteln des Fördererkreises des DGAP e.V.		1.198.598,29	849.308,57
3. Erträge aus Projektmitteln		2.355.670,34	2.303.327,99
4. Bundeszuschüsse außerhalb des Projektgeschäfts		1.534.000,00	1.170.000,00
5. Umsatzerlöse		485.364,65	412.227,78
6. Sonstige Erträge		163.621,17	225.175,10
Erträge gesamt		6.177.679,48	5.400.446,87
7. Materialaufwand gesamt			
Aufwendungen für bezogene Leistungen		-487.937,23	-347.916,89
8. Personalaufwand			
a. Löhne und Gehälter		-2.800.809,48	-2.449.656,97
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung EUR 99.894,41 (i. Vj. EUR 76.381,90)		-611.944,19	-498.016,48
Personalaufwand gesamt		-3.412.753,67	-2.947.673,45
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-130.062,81	-145.806,90
10. Sonstige Aufwendungen		-2.072.008,68	-1.918.266,59
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-2.363,13	-1.122,58
12. ERGEBNIS NACH STEUERN		72.553,96	39.660,46
13. Sonstige Steuern		-67.101,47	-36.301,47
14. JAHRESÜBERSCHUSS		5.452,49	3.358,99
15. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr		28.127,79	24.768,80
16. ERGEBNISVORTRAG		33.580,28	28.127,79

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss - einschließlich Anhang und Lagebericht - ist von der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 13.05.2020 versehen worden.

BILANZ DES DGAP E.V. STAND 31.12.2019

AKTIVA	2019	2018
	31.12.2019/EUR	31.12.2018/EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Software	366.475,50	90.986,80
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Geschäftsbauten	5.077.905,68	5.127.102,17
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	134.324,00	154.889,50
	5.212.229,68	5.281.991,67
	5.578.705,18	5.372.978,47
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Verbrauchsmaterial	1.492,48	1.634,74
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	118.560,01	42.696,75
2. Forderungen aus Beiträgen	40.893,49	14.402,10
3. Forderungen aus der Abwicklung von Projekten	1.526.864,55	1.974.323,17
4. Forderungen an den Fördererkreis	0,00	67.920,90
5. Sonstige Vermögensgegenstände	32.249,82	6.632,04
	1.718.567,87	2.105.974,96
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.117.085,28	625.796,83
	2.837.145,63	2.733.406,53
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	49.542,58	56.097,75
AKTIVA GESAMT	8.465.393,39	8.162.482,75

PASSIVA	2019	2018
	31.12.2019/EUR	31.12.2018/EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Vereinskapital	1.646.366,10	1.646.366,10
II. Ergebnisvortrag	33.580,28	28.127,79
	5.578.705,18	5.372.978,47
B. SONDERPOSTEN		
1. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.449.897,61	3.247.693,90
2. Sonderposten aus noch nicht verwendeten Fördermitteln vom Fördererkreis	217,95	7.338,83
	3.450.115,56	3.255.032,73
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	229.900,00	163.300,00
2. Sonstige Rückstellungen	223.761,00	206.861,00
	453.661,00	370.161,00
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.168,81	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	134.435,68	95.176,15
3. Verbindlichkeiten aus der Abwicklung von Projekten	2.570.707,57	2.616.844,30
4. Sonstige Verbindlichkeiten	70.115,08	110.504,59
davon aus Steuern EUR 55.592,52 (i.Vj. EUR 90.717,14)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 4.460,66.(i.Vj. EUR 180,97)		
	2.779.427,14	2.822.525,04
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	102.243,31	40.270,09
PASSIVA GESAMT	8.465.393,39	8.162.482,75

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK E.V.

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Präsident: Dr. Thomas Enders
Direktorin: Dr. Daniela Schwarzer

info@dgap.org
+49 30 25 42 31-10
Vereinsregisternummer: VR 20658 Nz

www.dgap.org
internationalepolitik.de
Twitter: @dgapev, @Int_Politik
LinkedIn: linkedin.com/company/90658
Instagram: instagram.com/dgapev
Facebook: facebook.com/dgapev
Youtube: youtube.com/channel/UC93Ymwe-
Szyv94q9mCILLP8A

IMPRESSUM

© Mai 2020

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Redaktion: Wiebke Ewering, Susann Kreuzmann

Art Direction & Layout: Luise Rombach

Designkonzept: Soapbox, soapbox.co.uk

Lektorat: Karen Lohse

Druck: Gallery Print

Bildnachweise

Umschlagbild:
© DGAP/Philipp von Recklinghausen

- S. 5: © Airbus
- S. 7: © Future Forum Europe/
Maurice Weiss, Sedat Mehder
- S. 9: © DGAP
- S. 10: Foto von Lucas Sandor auf Unsplash
- S. 14: Foto von Jason Leung auf Unsplash
- S. 18: Foto von Matthew Henry auf Unsplash
- S. 22: Foto von ThisisEngineering RAEng
auf Unsplash
- S. 26: Foto von Phil Botha auf Unsplash
- S. 38: © DGAP

IHRE ANSPRECH- PARTNER

DIREKTORIN

Dr. Daniela Schwarzer
+49 30 25 42 31-125
schwarzer@dgap.org
Büroleiterin: krug@dgap.org
Persönliche Assistentin: kraft@dgap.org

VERWALTUNGSDIREKTOR

Dr. Thorsten Klaußen
+49 30 25 42 31-117
klassen@dgap.org
Persönliche Assistentin: fischer@dgap.org

CHEFREDAKTION

Martin Bialecki
Internationale Politik
+49 30 25 42 31-145/-146
bialecki@dgap.org
ip@dgap.org

FÖRDERER UND MITGLIEDER

Evelyn Rehm
+49 30 25 42 31-140
rehm@dgap.org

INFORMATIONSZENTRUM

Dennis Eden
+49 30 25 42 31-121
iz@dgap.org

JUNGE DGAP

Venetia Malim
+49 30 25 42 31-173
malim@dgap.org

KOMMUNIKATION

Wiebke Ewering
+49 30 25 42 31-132
ewering@dgap.org

REZEPTION

Elena Chan
+49 30 25 42 31-77
e.chan@dgap.org

VERANSTALTUNGEN

Yulia Loeva
+49 30 25 42 31-128
loeva@dgap.org





DGAP

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

Follow us @dgapev

